

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/138

22. Juli 1977

Mit hohem Pflichtgefühl und mutigem Herzen

Käte Strobel - erste SPD-Ministerin der Bundesrepublik -
wird 70 Jahre

Von Helmut Schmidt
Bundeskanzler und stellvertretender SPD-Vorsitzender

Seite 1 / 41 Zeilen

25 Jahre in der Bewährung

"Silberne Hochzeit" der Europäischen Gemeinschaft für
Kohle und Stahl

Von Wilhelm Haferkamp
Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft

Seite 2 / 45 Zeilen

Albrechts Sparpolitik und ihre Folgen

Niedersächsische Regierung muß arbeitsmarktpolitisch offen-
siver werden

Von Karl Ravens MdB
Spitzenkandidat der SPD Niedersachsens

Seite 3 und 4 / 58 Zeilen

Ein Fanatiker der Pflichterfüllung

Zum 25. Todestag von Carl Severing

Seite 5 und 6 / 59 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 9-16, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 488
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 89 28/30
Telex: DE 88 548-41 ppen d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Mit hohem Pflichtgefühl und mutigem Herzen

Käte Strobel - erste SPD-Ministerin der Bundesrepublik - wird 70 Jahre

Von Helmut Schmidt

Bundeskanzler und stellvertretender SPD-Vorsitzender

Mit Käte Strobel, der wir heute zum 70. Geburtstag aufs herzlichste gratulieren, verbinden mich viele Jahre gemeinsamer politischer Arbeit.

"Politik ist eine viel zu ernste Sache, als daß man sie allein den Männern überlassen könnte", hat sie einmal gesagt. In dieser Überzeugung galt ihr politisches Engagement von Anfang an aber keineswegs bloß den sogenannten Frauenthemen. Sie ist eine aktive Europäerin schon zu diesem Zeitpunkt gewesen, als Europa noch in den Kinderschuhen steckte. Auch als Mitglied und zeitweilige Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments war sie das politische Gegenteil einer "Konzessionsfrau". Sie hat viel zum gemeinsamen Weg der Völker Europas beigetragen und trägt noch heute aktiv dazu bei.

Ich kenne Käte Strobel als Frau mit hohem Pflichtgefühl und mutigem Herzen. Demokratie ist für sie nicht nur Staatsform, sondern auch Lebensform. In dieser Überzeugung gehörte sie zum festen Kern der Regierungsmannschaft Willy Brandts, als die SPD noch in der Opposition war. Als erste sozialdemokratische Ministerin der Bundesrepublik Deutschland übernahm sie mit dem Ressort für Jugend, Familie und Gesundheit einen weitgefächerten Aufgabebereich, der Sachverstand, Einfühlungsvermögen und Behutsamkeit bei der Durchsetzung der notwendigen Reform erfordert.

In ihrer Amtszeit wurde durch die Reform des Lebensmittelrechts ein nachwirkender Beitrag zu einem modernen Verbraucherschutz in der Bundesrepublik geleistet. Die Anfänge der Modernisierung des Krankenhauswesens, der Verbesserung des Arzneimittelrechts, Initiativen zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs, zahlreiche Gesetzesnovellierungen, der erste Gesundheitsbericht in der Geschichte der Bundesrepublik und die Konzeption des Familienlastenausgleichs mit dem einkommensunabhängigen Kindergeld fallen in die Verantwortung Käte Strobels. Sie hat, obwohl nicht aus dem Fache kommend, sehr schnell ein Verhältnis des Vertrauens zu den im Gesundheitswesen Tätigen geschaffen. Ihre Entscheidungsfreudigkeit wurde allgemein geschätzt, ihre Bereitschaft zu Kooperation und Ausgleich anerkannt. Neben der gesetzgeberischen Arbeit vertraute Käte Strobel auf die Kraft der Aufklärung, zum Beispiel in der Vorbeugung gegen Umweltschäden und Zivilisationskrankheiten.

Was Käte Strobel geleistet hat und noch leistet, kann sie an ihrem 70. Geburtstag mit Stolz erfüllen. Die Sozialdemokratie, in der sie aus eigener entbehrensreicher Erfahrung immer Fürsprecherin der arbeitenden Menschen, der Familien und der Benachteiligten war, wünscht sich - dies schreibt einer, der ihr vieles verdankt - von ihr weiterhin Rat und Tat. Sie wünscht ihr Glück und Gesundheit für die Zukunft.
(-/22.7.1977/bgy/ben)

25 Jahre in der Bewährung

"Silberne Hochzeit" der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Von Wilhelm Haferkamp

Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft

Vor 25 Jahren - am 23. Juli 1952 - trat der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) in Kraft. Es waren ganz unterschiedliche Motive, die die Regierungen der sechs "alten" EG-Staaten veranlaßten, eine solche Bindung einzugehen. Die Staaten standen erst am Beginn eines phantastischen Aufbaus ihrer Industrien, und es war sicher auch ein ganz wichtiges Ziel, die deutsche Schwerindustrie, damals noch aus bitterer Erfahrung des Auslandes oft als "Kriegsindustrie" bezeichnet, gleich zu Anfang des Neuaufbaus in ein solches Vertragswerk einzubinden. Die Präambel des Vertrages weist denn auch mehrfach und sehr nachdrücklich auf die friedenspolitischen Zielsetzungen hin.

Jetzt ist es eher Zeit, nüchterne Bilanz zu ziehen. Politisch war dieser Vertrag der wichtige Grundstein für die europäische Einigungsbestrebungen. Ohne dieses "Training der Zusammenarbeit" wäre der 1957 geschlossene EWG-Vertrag nie zustande gekommen.

Wirtschaftlich hat der EGKS-Vertrag einige Bewährungsproben bestanden; ich will nur drei Beispiele nennen:

- In der Krise des Steinkohlenbergbaus, als durch Zechenstilllegungen viele Bergleute ihre Arbeitsplätze verloren, wurden etwa 640 Millionen DM als Anpassungshilfe in den Mitgliedsländern des EGKS-Vertrages zur Verfügung gestellt. Diese Zahlungen umfassen Abgangsprämien, Überbrückungsgelder und Umschulungsbeihilfen. Außerdem wurden fast zwei Milliarden DM Kredite für die Umstellung des Bergbaus und zur Finanzierung von Steinkohlen-Kraftwerken gegeben. Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze für freigesetzte Bergleute wurden zinsgünstige Darlehen in Höhe von einer Milliarde DM gewährt. Solche Zinsverbilligungen wurden und werden auch für Berufsbildungseinrichtungen und für den Arbeiterwohnungsbaue zur Verfügung gestellt.
- In der Stahlkrise wurden Kredite für den Ausbau der Stahlindustrie und zur Schaffung von Arbeitsplätzen für freigesetzte Stahlarbeiter in Höhe von rund fünf Milliarden DM in die Mitgliedstaaten gegeben.
- Am Beispiel Frioul wurde im Jahre 1976 bewiesen, daß die EG-Kommission auf der Grundlage des EGKS-Vertrages sehr schnell helfend handeln kann. Für den Wiederaufbau von zerstörten Eisen- und Stahlunternehmungen und von 800 Wohnungen der Stahlarbeiter wurde im Rahmen des Montan-Vertrages rd. 30 Millionen DM in das Katastrophengebiet gegeben.

Die in den letzten drei Jahren entstandene große Strukturkrise der Stahlindustrie führte zu zahlreichen Gemeinschaftsmaßnahmen, die von Mindestpreisen für Betonstahl bis zum Ingangsetzen eines sehr großen Investitionsprogramms reicht. Noch ist offen, ob und wie auch diese Bewährungsprobe gemeistert wird.

Alles in allem muß die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die durch den Fusionsvertrag von 1965 mit der EWG und Euratom unter das gemeinsame Dach der Europäischen Gemeinschaften gestellt wurde, als eine bewährte Verbindung gesehen werden. Die "Silberne Hochzeit" der Montanunion ist Anlaß, auf solide wirtschaftliche und soziale Gemeinschaftsarbeit in schwerer Zeit zurückzuschauen; sie ist ebenso Ermutigung, den neuen Schwierigkeiten selbstbewußt entgegenzutreten.

(-/22.7.1977/vo-he/hgs)

+ + +

Albrechts Sparpolitik und Ihre Folgen

Niedersächsische Regierung muß arbeitsmarktpolitisch offensiver werden

Von Karl Ravens MdB

Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD

Die jüngsten Zahlen über die Arbeitsmarktentwicklung in Niedersachsen sind alarmierend. Der Anstieg der Arbeitslosenquote von 5,1 auf 5,2 Prozent im Juni 1977 gegenüber dem Vormonat bedeutet relativ eine erhebliche Verschlechterung gegenüber dem Bundesdurchschnitt, der eine Verringerung von 4,1 auf 3,8 Prozent aufweist. Diese Zahlen sollten Anlaß für die Landesregierung sein, ernsthaft über arbeitsmarktpolitische Konsequenzen nachzudenken.

Insbesondere erscheint eine grundlegende Revision der Finanzpolitik erforderlich. Die undifferenzierte Sparpolitik der Regierung Albrecht hat arbeitsmarktpolitisch eindeutig prozyklisch gewirkt. Nicht nur, daß durch die Kürzungen der Finanzausweisungen an die Gemeinden der mit Abstand wichtigste Investor geschwächt wurde; auch mit dem von Albrecht und Kiep verfolgten Ziel der Einsparung von jährlich 700 Stellen im öffentlichen Dienst trug die Landesregierung direkt zu einer schweren Belastung des Arbeitsmarktes in Niedersachsen bei.

Diese Entwicklung muß durch arbeitsmarktpolitische Gegenmaßnahmen gestoppt werden. Dabei wären sowohl kurz- wie auch langfristige Maßnahmen vorzusehen.

Kurzfristig hat die Landesregierung zunächst dafür zu sorgen, daß die Auftragsvergabe des Programms für Zukunftsinvestitionen der Bundesregierung schneller als bisher erfolgt. Niedersachsen ist hier immer noch schlußlicht, wofür kein Bürger in diesem Lande angesichts der angespannten Arbeitsmarktlage Verständnis hat.

Darüber hinaus sollte die Landesregierung noch in diesem Jahr die von der SPD geforderte Verbesserung der Finanzausstattung der Gemeinden vornehmen. Dadurch würde den Gemeinden die Neueinstellung dringend benötigten Personals in kommunalen Dienstleistungsbereichen ermöglicht. Außerdem würde ein indirek-

ter Arbeitsmarkteffekt im Bausektor durch verwehrte kommunale Investitionen erzielt werden können. Vielleicht macht hier eine CDU-geführte Landesregierung einmal das wahr, was die kommunalpolitische Vereinigung dieser Partei nach außen hin stets lautstark fordert.

Die Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen sollte jedoch nicht nur eine kurzfristig bemessene Maßnahme sein, sondern muß mittelfristig kalkulierbar zugesagt werden, um bei den Gemeinden wieder Vertrauen in die Finanzpolitik der Landesregierung zu wecken. Dies dürfte umso leichter fallen, als nach dem Steuerverteilungskomproiß zwischen Bund und Ländern dem Land Niedersachsen für 1978 ein erhöhter Umsatzsteueranteil zur Verfügung steht.

Schließlich sollte die Landesregierung dem Beispiel der Bundesregierung folgen und ihre eigene restriktive Einstellungspolitik überprüfen. Dabei geht es nicht um eine unkontrollierte Aufblähung des Verwaltungsapparates, sondern um eine gezielte Expansion in den Bereichen, wo langfristig ein erhöhter Personalbedarf vorliegt. Wie eine jüngst veröffentlichte Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, besteht bis 1980 in den Bereichen Unterricht, Wissenschaft, Kultur, Rechtsschutz, Gesundheit, Erholung und Sport ein überdurchschnittlicher Bedarf an Arbeitsplätzen bei Ländern und Gemeinden. Für Niedersachsen kann dieser Bedarf auf rd. 25.000 Vollbeschäftigte und rd. 5.000 Teilzeitbeschäftigte geschätzt werden. Schon eine teilweise Deckung dieses Bedarfs durch Land und Kommunen würde zu einer erheblichen Entlastung des Arbeitsmarktes in Niedersachsen führen.

Um wegen der Langfrist-Wirkungen der Einstellungen öffentlich Bediensteter eine langfristig abgesicherte Personalpolitik betreiben zu können, sollte die Landesregierung deshalb umgehend eine Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms bis 1990 vorlegen, in der ein besonderes Schwergewicht auf die Analyse des personalwirtschaftlichen Bedarfs des Landes unter Einschluß der Gemeinden zu legen ist.

Kiep und Albrecht sollte endlich klar werden, daß Ihre sparsüchtige Haushaltspolitik die Folgen der weltweiten Rezession für Niedersachsen nur noch verstärkt hat. Es ist jetzt an der Zeit, arbeitsmarktpolitisch in die Offensive zu gehen.

(-/22.7.1977/vo-he/hgs)

Ein Fanatiker der Pflichterfüllung

Zum 25. Todestag von Carl Severing

Am 4. Dezember 1928 erlebte der Deutsche Reichstag eine denkwürdige Sitzung. Als sich der damalige Reichsinnenminister Carl Severing zur Begründung des Republikschutzgesetzes von seinem Platz erhob, um seine Rede zu halten, setzte von kommunistischer Seite ohrenbetäubender Lärm ein. Auch die Glocke des Präsidenten erzwang keine Ruhe. Erst als die kommunistische Fraktion vom Parlament ausgeschlossen worden war, konnte Severing mit seiner Erklärung beginnen: Eigentlich enthöbe ihn das maßlose Verhalten der Linken von der Notwendigkeit, das Republikschutzgesetz zu begründen, denn die hetzerische Agitation, die dauernde Verleumdung der Regierung und damit die bewußte Schwächung der Staatsautorität seien es, gegen die sich die Republik schützen müsse. Republik meine aber nicht nur die Staatsform, sondern sie betreffe jeden Staatsbürger und seine Rechtssicherheit. Der Staat würde sich aufgeben, wenn er nicht gegen Exzesse einschreitet. Severing fuhr fort: Ein gegnerischer Abgeordneter habe ihn einen Fanatiker genannt. Er sei bereit, diese Bezeichnung als Ehrentitel zu akzeptieren. Ja, Fanatiker republikanischer Pflichterfüllung wolle er sein und bleiben.

Der sozialdemokratische "Fanatiker" ist am 23. Juli 1952, also vor 25 Jahren gestorben. Severing, langjähriger Innenminister im SPD-regierten Preußen, verkörperte beste preußische Tugenden: Zähigkeit, Opferbereitschaft und einen nüchternen Blick für das Mögliche. Er gehörte nicht zu den vorwärtsstürmenden Veränderern in seiner Partei, aber durch sein Organisationsgeschick legte er mit den Grundstein dafür, daß die Sozialdemokratie nach dem ersten Weltkrieg an der politischen Machtausübung maßgeblich beteiligt war. Diesen drängenden Gestaltungswillen hat Severing selbst verkörpert: Aus ärmlichen Verhältnissen kommend, erlebte er einen ungewöhnlichen Aufstieg. Seine Memoiren, die eine wichtige Quelle zur SPD-Geschichte in den ersten 50 Jahren dieses Jahrhunderts sind, versah er daher mit dem Untertitel "Vom Schlosser zum Minister".

1875 in Herford geboren, empfing Severing in seiner späteren Wirkungsstätte Bielefeld die entscheidenden politischen Impulse: Gewerkschaftsarbeit, Kommunalpolitik und Journalismus waren frühe Betätigungsfelder, auf denen der Arbeitersohn sein Rüstzeug für große Aufgaben erwarb. Als jüngster SPD-Abgeord-

ner gelangte Severing bereits 1907 in den Reichstag. Seine große Stunde schlug nach dem ersten Weltkrieg, als er die noch schwächliche Republik gegen Angriffe von links- und rechtsaußen verteidigte. Als er im Ruhrgebiet kommunistischen Streiks entgegentrat, sah er das vordringliche Problem nicht in der militärischen Niederwerfung, sondern in der notwendigen Lebensmittelversorgung. Severing selbst faßte das in dem volkstümlichen Wort zusammen: "Grüne Bohnen sind wirksamer als blaue."

In seiner Eigenschaft als Innenminister Preußens und des Reiches trug Severing die Hauptlast des Kampfes gegen den aufkommenden Nationalsozialismus. Daß dieser Kampf verlorenging, lag mehr an dem Rechtsruck des deutschen Kleinbürgertums als an Fehlern der deutschen Sozialdemokratie. Severing gehörte zu den Unterstützern des Reichsbanners, jener kämpferischen Schutzgarde der Republik, die großen Anteil daran hatte, daß die Arbeiterschaft gegen das Gift des Faschismus weitgehend immun blieb.

Nach 1933 wählte Severing die "Innere Emigration". Noch einmal, nun schon hochbetagt, stellte er sich für einen Neubeginn zur Verfügung. Carl Severing wurde nach 1945 SPD-Bezirksvorsitzender in Ostwestfalen, zog in den nordrhein-westfälischen Landtag ein und beteiligte sich an der Ausarbeitung der Landesverfassung. Eine seiner letzten politischen Leistungen: Er amtierte als Chefredakteur der Bielefelder SPD-Zeitung "Freie Presse", die heute in der "Neuen Westfälischen" aufgegangen ist.

Durch sein langjähriges Wirken in der Arbeiterbewegung war Severing sowohl der Kampfgenosse von August Bebel als auch von Kurt Schumacher. Die nordrhein-westfälische Polizeischule trägt noch heute den Namen des Sozialdemokraten Carl Severing. Sein Bekenntnis zum Staat ist angesichts der Oppositionssehnsüchte mancher Sozialdemokraten heute noch zeitgemäß. Bereits vor 50 Jahren erklärte Severing: "Wer die Macht im Staate will, der muß auch die Mittel wollen."

Jochen Loreck

(-/22.7.1977/va-tr://lo)

+ + +